Nummer 13 / 15. Jahrgang

Berlin, den 1. Ostermond (April) 1934

Einzelpreis 15 Pfennig (Auswärts 25 Pf.)

Reichswart

Nationalsozialistische Wochenschrift

Organ der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung (A D G)
Organ des Bundes Völkischer Europäer / ORGANE DE L'ALLIANCE RACISTE EUROPEENNE

Der „Reichswart" erscheint jeden Sonnabend. Bezugs-Preise: Monatlich durch den Verlag RM —,60 für Groß-Berlin, durch die Post RM 1,— (ohne Bestellgeld). Deutschösterreich monatlich 2 Schilling. Ausland: Vierteljährlich RM 4,20. Anzeigenpreise: Für die 12-gespaltene Millimeter-Zeile 10 Rpf., die ganze Seite 498 RM.

Graf E. Reventlow

Bei Platzvorschriften entspr. Aufschlag. Rabatt nach Tarif. Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart" G.m.b.H., Berlin SW 11, „Europahaus", Eingang Anhaltstraße, 3. Etage (Fahrstuhl) entgegen. — Fernsprecher: A 1, Jäger 2330. Postscheckkonto: Berlin 887 14.

Inhalt: So will es der Pastor / Großbritanniens Verantwortung / Der Neuaufbau des Reiches / Das Marne-Drama / Made in Wallstreet / Bund Völkischer Europäer (B.V.E.) / Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung (A.D.G.)

So will es der Pastor.

Deutsche Kinder zweiter Klasse.

Arme Kinder, die der Kirche angehören, erhalten auf dem Wege der Wohlfahrt Anzüge oder andere Beihilfe für ihre Einsegnung.

Arme Kinder die nicht der Kirche, sondern der „Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung" angehören, erhalten zu ihrer Jugendweihe nichts.

Auf Anträge, Bitten und Beschwerden wird den Eltern einmal geantwortet: die ADG sei ja noch nicht vom Staat als Religionsgemeinschaft anerkannt, oder: ihre Stärke sei noch nicht genügend, oder — das ist das Bequemste — es erfolgt überhaupt keine Antwort. Alle diese Kinder, die der Kirche, und die der Deutschen Glaubensbewegung angehören, sind **deutsche Volksgenossen, wie ihre Eltern.** Für alle gilt der Gedanke von der großen Volksgenossenschaft und von der Volksgemeinschaft.

Noch in seiner Rede vom 21. März hat Adolf Hitler mit stärkster Betonung ausgesprochen, daß die hohen Ziele nur dann erreicht und die gewaltigen Aufgaben nur dann bewältigt werden können, wenn alle Volksgenossen in lückenloser Geschlossenheit alle Kräfte aufbieten. Wer vermöchte die Richtigkeit dieses Gesichtspunktes auch nur im allergeringsten anzufechten? Wer andererseits kann in Abrede stellen, daß volle Gemeinsamkeit dieser Zusammenarbeit nur dann möglich ist, wenn auch die wirkliche innere Verbundenheit besteht. Das ist aber unmöglich, wenn auf solche Weise Zwiespalt gesät wird und Bitterkeit in die Seelen der Eltern und der Kinder, die als **zweitklassige Deutsche** behandelt werden, weil sie einer christlichen Kirche nicht angehören, sondern eines deutschen Glaubens leben. Wir vermuten nicht, sondern können feststellen, wie tief die Bitterkeit über dieses Verfahren überall ist, — und sie wird bleiben, gerade in der Erinnerung der Eltern und Kinder an diese Feier.

Die Verfügung des Stellvertreters des Führers vom 13. Oktober 1933 wird damit völlig mißachtet, ebenso wie die einschlägigen Stellen der im Auftrage des Führers gehaltenen Rede Rosenbergs und der § 24 des Parteiprogramms. Das Ergebnis ist immer das gleiche: Zwietracht und Verbitterung, oder Heuchelei und Lüge.

Den Schaden hat das Volksganze, sein eigentliches Ziel erreicht nur der **Pastor** in vollem Gegensatz zum Gedanken der Volksgenossenschaft, und — auch zur **Religion.** Dabei weiß jeder, auch der **Pastor,** daß der nationalsozialistische Staat nicht ein christlicher Staat, daß das Christentum innerhalb dieses Staates nicht Staatschristentum ist.

Vollends sind gerade jetzt durch eine **Verfügung des Reichsinnenministeriums die Jugendweihen gestattet worden.**

Kinderreiche Familien zweiter Klasse.

Der „Reichsbund der Kinderreichen" im Gau Hamburg verlangt von den Mitgliedern die Unterschrift unter einen Verpflichtungsschein, in dem u. a. steht: „Voraussetzung (!) und Bedingung (!) für die Aufnahme sind der Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte, die erfolgte standesamtliche und kirchliche (!) Eheschließung usw. usw. —

Die Satzung des Reichsbundes der Kinderreichen enthält hiervon nichts, der Verpflichtungsschein läuft also den Satzungen zuwider.

Wieder sehen wir den **Pastoren** als Gegner der Volksgenossenschaft, als Spalter innerlicher Volksverbundenheit. Der Reichsbund der Kinderreichen soll also nur, **so will es der Pastor,** Familien umfassen, die der Kirche angehören oder in diese nachträglich hineingetrieben werden. Kinderreiche Familien, die der Kirche nicht angehören, sollen als **zweitklassige Deutsche** behandelt werden.

Die Verfügung des Stellvertreters des Führers anerkennt die Angelegenheiten des Glaubens als **die eigenste Angelegenheit der Persönlichkeit** und bestimmt, daß niemand wegen seines Glaubens benachteiligt werden darf. Die NSDAP **fordert** im § 24 Freiheit für alle religiösen Bekenntnisse, die nicht gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. **Der Pastor** setzt sich souverän und pharisäisch darüber hinweg und hört nicht auf, in der ihm zugänglichen Presse und den unzähligen evangelischen Zeitschriften die Unwahrheit zu verbreiten: Adolf Hitler wolle, daß jeder Deutsche Christ sei.

Kinderreiche deutsche Familien zweiter Klasse.

Ende Februar schrieb die „Mitteldeutsche Nationalzeitung" in einem Aufruf: „Wer kann als Mitglied in die NS-Frauenschaft aufgenommen werden." — Unter Punkt 6: „Alle die, welche sich auf den Boden des Christentums stellen und wieder christlichen Geist in Haus und Familie in unser Volk hineintragen wollen." —

Frauen der Deutschen Glaubensbewegung werden hiernach von der Frauenschaft ausgeschlossen. **So will es der Pastor.** Für ihn sind deutsche Frauen deutschen Glaubens minderwertige Volksgenossinnen, nicht würdig, aufgenommen zu werden. Der Pastor will sie auf diese Weise unter Druck setzen, damit sie sich brechen lassen, in die Kirche eintreten, gegen ihr eigenes Gewissen; damit in ihrer Familie Zwiespalt und Zerwürfnis eintritt. **So will es der Pastor.** Und in jedem dieser und unzähligen anderen Fällen mit der suggestiven Verbreitung der unwahren Behauptung: der Staat bzw. sein Führer wolle, daß jeder Deutsche, zum mindesten jeder Nationalsozialist, einer der christlichen Kirchen angehöre.

Wir erheben Einspruch gegen dieses Treiben des Pastoren, nicht allein im Namen der „Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung", sondern aller religiösen deutschen Nichtchristen, sondern vor allem anderen im Namen des großen und beherrschenden Gedankens der **deutschen Volksgenossenschaft.** Sie kann und wird unermeßlichen Schaden erleiden, wenn diese stille zersetzende Arbeit des **Pastoren** ihren Fortgang nimmt.

Die Deutschen deutschen Glaubens haben den Kirchen nichts getan, sie wollen nicht in deren Gebiet einbrechen, sondern, wie hier schon so oft gesagt wurde, als freie gleichberechtigte Deutsche ihres Glaubens leben. Ihr Kampf ist reiner Verteidigungskampf **des Rechtes eines jeden Deutschen,** ein Kampf auch gegen alle Versuche zur Störung und Zersetzung des kulturellen Friedens in Deutschland. Die Geistlichen beider Bekenntnisse werden eines Tages einsehen, daß dieser ihr Zersetzungskampf gegen den deutschen Gedanken ein — ganz abgesehen von allem anderen — schwerer Fehler gewesen ist, und sie werden die Rückschläge haben. Im Interesse des deutschen und kulturellen Friedens wünschen wir aber, daß sie es **jetzt** einsehen möchten. Schließlich hat auch die Versteckheit dieses ganzen Vorgehens etwas **sehr Widerwärtiges.**

Großbritanniens Verantwortung.

Eine unermeßliche Verantwortung liegt auf den großbritannischen Staatsmännern. Sie hat sich von Monat zu Monat gesteigert und beginnt jetzt nach der letzten Stellungnahme Frankreichs in der Abrüstungsfrage wohl ihren Gipfel zu erreichen.

Wie es im Sommer 1914 von einem Wort der großbritannischen Regierung abhing, ob der Weltkrieg verhindert würde oder nicht, so wird es jetzt in der Hand der britischen Staatsmänner liegen, ob die kommende Zeit von wachsender Kriegsgefahr beherrscht sein wird, oder nicht. Freilich, ein tiefer Unterschied besteht im Vergleich zu 1914: die leitenden britischen Staatsmänner von damals hatten sich, an der Spitze Lord Grey, seit Jahren zielbewußt auf den Krieg vorbereitet, auch innerlich sich mit ihren Bundesgenossen auf den Krieg verpflichtet und schufen sich den gegebenen Augenblick. In seiner richtunggebenden Rede der ersten Augusttage 1914 vertrat Grey die Auffassung: für Großbritannien, insbesondere für seinen Handel, werde es nichts ausmachen, ob man neutral bliebe oder in den Krieg einträte. Die Grundrichtung der damaligen britischen Politik war auf den Krieg gerichtet, mit dem Motto: Germany must be crippled (Deutschland muß zum Krüppel geschlagen werden).

Was dies betrifft, ist in der großbritannischen Meinung eine tiefgreifende Aenderung eingetreten: man will aufrichtig den Frieden, man will ihn erhalten und ist der Ueberzeugung, daß seine Erhaltung nur durch ein internationales Abkommen über die Rüstungen möglich ist. Die Meinung ferner, scheint in Großbritannien überwiegend zu sein, daß Deutschland Anspruch auf eine Verteidigungsrüstung zu seiner Sicherheit besitzt, daß diese also die Erhaltung des Friedens nicht gefährdet, sondern sichern würde. Denselben Standpunkt vertritt bekanntlich Mussolini, und der Leiter der gegenwärtigen belgischen Regierung neigt dem gleichen Standpunkt zu. Die Vereinigten Staaten von Amerika wollen unbedingt die Erhaltung des Friedens. Das gleiche gilt von Rußland. Inwieweit freilich durch die heutige enge Verbindung zwischen Moskau und Paris diese Meinung und Stimmung Deutschland gegenüber anders geworden sei, muß dahingestellt bleiben.

Die Unvergleichbarkeit der Verantwortung gerade Großbritanniens besteht wie gesagt darin, daß von der Haltung der britischen Staatsmannschaft, die Erhaltung, zum mindesten die Sicherheit, des europäischen Friedens abhängt. Vorerst handelt es sich für alle, und besonders für London um die Frage, ob doch noch vielleicht aussichtsreiche Verhandlungen, an denen teilzunehmen auch für Deutschland auf dem Boden seiner unveränderten Stellung: Gleichberechtigung und Sicherheit möglich ist, stattfinden können.

Stellt sich dies aber früher oder später als unmöglich heraus, so wird sich die weitere Politik Frankreichs und seiner Freunde nach der britischen Haltung richten, eine Haltung, die man in Paris auch dauernd mit allen Kräften und Mitteln im französischen Sinne zu beeinflussen bestrebt ist.

Es handelt sich kurz darum, ob Großbritannien, wenn die entscheidenden Fragen akut werden, sich gegen den französischen Standpunkt stellt oder nicht; ob es, wie schon so oft seit 15 Jahren, den französischen Standpunkt, mißbilligend, gewähren läßt, oder nicht. Ein Mittelding gibt es da nicht. Betrachten wir in diesem Zusammenhang die jetzt von der französischen Regierung klar eingenommene Haltung:

Die französische Note faßt sich am Schluß dahin zusammen: „Die französische Regierung kann keinen Vorschlag annehmen, der die Abrüstung Frankreichs verschärfen würde, indem er gleichzeitig Deutschland eine sofortige und schwer zu begrenzende Legalisierung einer Aufrüstung zubilligt, die es schon jetzt unter Verletzung der Verträge durchführt."

Die französische Regierung erklärt nachdrücklich, daß sie unerschütterlich am Völkerbund festhält, auf ihn müsse immer wieder zurückgegriffen werden, ebenso auf seine Satzung. — Daneben ergibt sich aus der französischen Note das Bestreben, womöglich überhaupt das Versailler Diktat wörtlich aufrechtzuerhalten und damit alle aus ihm sich ergebenden Wirkungen und Zustände. Auf weitere Einzelheiten der französischen Note braucht man sich kaum einzulassen, höchstens die unwahre Behauptung registrieren: Deutschland verlange Aufrüstung für sich und Abrüstung für die anderen. Zur deutschen Forderung eines Heeres von 300 000 Mann macht die französische Regierung die „entschiedensten Vorbehalte" und erklärt, daß eine internationale Kontrolle der Rüstungen, — wie Deutschland eine solche bei voller Gegenseitigkeit, anzunehmen bereit ist, — sei erst von Wert, wenn die Mächte sich verpflichteten, Sanktionen gegen den Staat eintreten zu lassen, bei dem die Kontrolle Vertragsverletzung festgestellt hätte. Die vorhandenen Garantien gegen Angriff — gemeint ist ein Angriff von deutscher Seite — genügen Frankreich nicht.

Die französische Regierung hat also mit dieser ihrer Note die bisherigen Verhandlungen und Besprechungen über Gleichberechtigung und was damit zusammenhängt, beiseite geschoben und damit eine, wenn auch schon stets durchsichtige, Maske fallen lassen. Die Domergue-Regierung bekennt sich mit einer ziemlich rückhaltlosen Offenheit zum Standpunkt, den Frankreich während der ersten zwanziger Jahre vertrat. In der Forderung von sogenannten Sanktionen wird einer Neigung zu gewaltsamen Vorgehen gegen Deutschland Ausdruck gegeben, die alle unsere Aufmerksamkeit verdient.

Die Frage, auf die wie gesagt beinah alles ankommt, ist, wie Großbritannien sich zur französischen Willensmeinung stellt? Deutschlands Standpunkt ist gegeben und bleibt wie er ist, der italienische wird sich,